

Leitlinien für die Zulassung von Freiflächen-Photovoltaikanlagen im Markt Nandlstadt

Der im Sinne des Klimaschutzes erforderliche Ausbau erneuerbarer Energien verpflichtet insbesondere auch die Kommunen, geeignete Rahmenbedingungen für das Vorantreiben der Energiewende vor Ort zu schaffen. Einen großen Beitrag zur Gewinnung erneuerbarer Energien können u.a. Freiflächen-Photovoltaikanlagen leisten.

Die bauplanungsrechtliche Zulässigkeit von PV-Freiflächenanlagen, die im Außenbereich errichtet werden sollen, erfordert generell eine gemeindliche Bauleitplanung, d.h. grundsätzlich die Aufstellung eines Bebauungsplans und die entsprechende Änderung des Flächennutzungsplans. Auf die Aufstellung von Bauleitplänen besteht allerdings kein Rechtsanspruch (§ 1 Abs. 3 Satz 2 BauGB). Es obliegt daher in jedem Einzelfall der Entscheidung der für die Planung zuständigen Stadt oder Gemeinde, ein entsprechendes Verfahren einzuleiten.

Der Markt Nandlstadt möchte mit diesen Richtlinien geeignete Kriterien für die Errichtung von Freiflächen-Photovoltaikanlagen festlegen, welche die Belange der klimaneutralen Energieerzeugung mit den Belangen der Landwirtschaft, des Landschaftsbildes und des Natur- und Artenschutzes vereinen.

Für die Zulassung der Errichtung von Freiflächen-Photovoltaikanlagen im Außenbereich gelten daher folgende Kriterien:

I. Sichtbarkeit und Landschaftsbild

Nicht genehmigungsfähig sind Freiflächen-Photovoltaikanlagen

- in öffentlich einsehbaren Flächen von denkmalgeschützten oder besonders positiv prägenden Gebäuden (dies gilt auch für Denkmäler, die nicht als Denkmal in die Denkmalliste eingetragen sind oder sich nicht im Ensemble befinden)
- bei erheblicher Störung des Orts-, Kultur- und Landschaftsbildes, vor allem von unter besonderem gesetzlichen Schutz stehenden Gebieten sowie weithin sichtbaren, das Landschaftsbild prägenden wertvollen Landschaftsteilen sowie Landschaftsteilen, die der Naherholung dienen.

Zur Vermeidung von sichtstörenden Einflüssen sind kompensierende landschaftsbauliche Maßnahmen zu ergreifen bzw. ein geeigneter Abstand sicherzustellen (siehe Definition in Punkt II.).

Informationstafeln und Ruhebänke, auch in Verbindung mit Ladesäulen für E-Bikes, kombiniert mit Streuobstwiesen und gebietseigenem Saatgut, können eine PV-Freiflächenanlage landschaftlich aufwerten und optimal in das Landschaftsbild integrieren.

II. Beeinträchtigung für Gebäude mit Wohnnutzung

Freiflächen-Photovoltaikanlagen dürfen für Gebäude mit Wohnnutzung optisch keine wesentliche Beeinträchtigung darstellen. Dies wird z. B. erreicht durch

- eine am Standort geeignete Kombination aus Abstand und landschaftsbaulichem Sichtschutz; Vegetation wie Waldrand- und Feldgehölzkulissen eignen sich gut, um die jeweilige Anlage in der Ferne weniger dominant erscheinen zu lassen. Durch eine anlagengerechte Eingrünung der Anlagenfläche mit Hecken wird zudem eine bestmögliche Einbindung der PV-Anlage in die umgebende Landschaft erreicht. Empfehlenswert ist auch eine Zaunbegrünung mit Kletterpflanzen wie wildem Wein oder dem insektenfreundlichen Efeu,
- einen Abstand zu Wohngebäuden von mindestens 100 Metern (je nach Hanglage und Blendung durch die Module),
- eine schriftliche Einverständniserklärung von den betroffenen Gebäude-Eigentümern, wenn der Bau in Sichtbeziehung zur Wohnbebauung ohne bzw. geringeren Abstand und/oder Sichtschutz beabsichtigt ist.

III. Landwirtschaftliche Qualität der Böden

Die Errichtung von Freiflächen-Photovoltaikanlagen soll nicht zu einer Verknappung qualitativ besonders hochwertiger landwirtschaftlicher Flächen führen. Daher wird festgelegt, dass die Bodenschätzkarten zur Bewertung der Ackerböden herangezogen werden.

Hochwertige Ackerböden (Bodenzahl > 55) sind für die Errichtung einer Freiflächen-Photovoltaikanlage ausgeschlossen. Bei ertragreichen Böden (Bodenzahl zwischen 40 und 55) ist eine Abwägung vorzunehmen. Als Alternative bietet sich hier die Nutzung von Agri-PV-Anlagen (Kombination aus Photovoltaik und Landwirtschaft) an, wodurch eine landwirtschaftliche Nutzung erhalten werden kann.

Bevorzugt sollen Böden mit einer Bodenzahl < 40 herangezogen werden. Grünland, das bereits aus der Produktion genommen wurde oder in absehbarer Zeit aus der Produktion genommen wird, ist ebenfalls bevorzugt zu verwenden. Besonders vorbelastete Flächen wie ehemalige Deponien, Industriebrachflächen oder versiegelte Konversionsflächen stellen sehr geeignete Standorte für Freiflächen-Photovoltaikanlagen dar.

IV. Natur- und Artenschutzverträglichkeit

Der Projektentwickler muss im Vorfeld eines Bauleitverfahrens nachweisen, wie die Fläche nach Inbetriebnahme gepflegt wird, einschließlich des Abflusses von Niederschlagswasser, falls notwendig. Dies muss möglichst so erfolgen, dass die Artenvielfalt auf den Flächen gefördert wird. Orientierung bietet dabei der Praxisleitfaden für die ökologische Gestaltung von Freiflächen-Photovoltaikanlagen des Bayerischen Landesamtes für Umwelt. Es empfiehlt eine extensive Pflege der Flächen, z. B. mit Schafbeweidung oder Mahd. Ackerflächen können mit Heudrusch nah gelegener, artenreicher Wiesen oder Wildpflanzensaatgut aus regionaler Produktion eingesät werden.

Bis zum 01. August eines Kalenderjahres soll keine Mahd erfolgen, Heudrusch ist allerdings erlaubt. Es darf kein Mulchen erfolgen, die Mahd ist abzufahren.

Aus ökologischer Sicht sind die Module mit dem Ziel einer möglichst geringen Bodenversiegelung anzubringen. Auch technische Komponenten wie z. B. Spalten, Löcher und Rillen an dem Modulen oder Wechselrichtern, können als Habitatstruktur genutzt werden, insbesondere von Insekten und Spinnen.

Um die Naturschutzpotentiale von Freiflächen-Photovoltaikanlagen auszuschöpfen und gleichzeitig die Akzeptanz für den Ausbau der Solarenergie zu fördern, ist zudem eine Teilnahme am Zertifizierungssystem EULE („Evaluierungssystem für eine umweltfreundliche und landschaftsverträgliche Energiewende“) empfehlenswert. Mit Hilfe dieses Zertifizierungssystems können Standorte gezielt ökologisch aufgewertet und für die Biodiversität optimal entwickelt werden.

V. Betriebssitz

Hat die/der Betreiber/-in bzw. die Betreibergesellschaft ihren/seinen Sitz außerhalb des Marktes Nandlstadt, so hat diese/r nach aktueller Rechtslage aufgrund des Anlagenstandortes dennoch 90 % der Gewerbesteuer an den Markt Nandlstadt zu entrichten.

Gemäß § 6 des Erneuerbare-Energien-Gesetzes (EEG) dürfen die Anlagenbetreiber von Freiflächen-Photovoltaikanlagen den Kommunen zudem Beträge von insgesamt 0,2 Cent je Kilowattstunde für die tatsächlich eingespeiste Strommenge durch einseitige Zuwendungen ohne Gegenleistung anbieten.

VI. Netzanbindung

Die Anbindung der Freiflächen-Photovoltaikanlagen an das Stromnetz soll per Erdverkabelung erfolgen. Eine Anbindung an eine Oberleitung muss im Bedarfsfall geprüft werden. Die Benutzung öffentlicher Straßen und Wege ist durch Nutzungsvertrag zwischen dem Markt und dem Anschließenden zu regeln.

VII. Begrenzung der zugelassenen Fläche

Die landwirtschaftlichen Flächen im Gemeindegebiet belaufen sich auf ca. 2.470 ha (Stand: 31.12.2020). Der Markt Nandlstadt legt fest, dass insgesamt 3 % dieser Flächen für die Errichtung von Freiflächen-Photovoltaikanlagen herangezogen werden dürfen, somit insgesamt 74,10 ha. Zum Stand 31.12.2022 sind bereits ca. 17 ha (Modulfläche) mit Freiflächen-Photovoltaikanlagen bebaut bzw. rechtsgültig beplant.

Flächen, die vom Markt Nandlstadt errichtet oder beauftragt werden, werden in die maximal zugelassene Fläche nicht mit eingerechnet.

VIII. Bürgerbeteiligung

Der Markt Nandlstadt begrüßt Angebote der Möglichkeit zur Beteiligung der Bürgerinnen und Bürger an Freiflächen-Photovoltaikanlagen ausdrücklich. Die Antragsteller haben vorab darzulegen, ob und in welcher Form eine finanzielle Beteiligung angeboten wird. Eine Verpflichtung hierzu besteht nicht, wird jedoch seitens des Marktes Nandlstadt positiv in die Entscheidung zur Zulassung des Antrags berücksichtigt.

IX. Ausschluss von besonders wertvollen Flächen

Besonders wertvolle Flächen wie beispielsweise Nationalparks, Naturschutzgebiete, Natura-2000-Gebiete oder Biotope stehen wegen ihres Schutzzweckes nicht für die Errichtung von Freiflächen-Photovoltaikanlagen zur Verfügung, da sich die Errichtung nicht mit dem Schutzzweck vereinbaren lässt.

X. Einzelfallentscheidung

Der Marktgemeinderat behält sich in allen Punkten dieser Leitlinien eine Entscheidung im Einzelfall vor. Ein Anspruch auf die Aufstellung eines (vorhabenbezogenen) Bebauungsplanes nach diesen Kriterien besteht nicht.

XI. Allgemeines

Planungsrechtliche Voraussetzungen und Kosten der Antragsteller

Der Markt Nandlstadt hat aufgrund seiner Planungshoheit die volle Entscheidungsfreiheit, ob, wo und in welcher Größe er einen (vorhabenbezogenen) Bebauungsplan für Freiflächen-Photovoltaikanlagen aufstellt.

Die anfallenden Planungskosten (z. B. für die Änderung des Flächennutzungsplanes und die Aufstellung eines Bebauungs- und Grünordnungsplanes) und Verwaltungskosten werden mittels städtebaulichen Vertrags auf die/den Betreiber umgelegt.

Ablauf der Prüfung

Die/der Antragsteller/-in hat den konkreten Geltungsbereich des (vorhabenbezogenen) Bebauungsplanes festzulegen. Bei Antragstellung erfolgt eine Eignungsprüfung der jeweiligen Fläche anhand der vorstehenden Kriterien. Anfallende Kosten für die Prüfung trägt die/der Antragsteller/-in.

Nandlstadt, den 15.11.2024

Gerhard Betz
Erster Bürgermeister

Genehmigt mit Beschluss des Marktgemeinderates vom 14.11.2024